

FORDERUNGSPAPIER FÜR EINE UMFASSENDE INKLUSIVE BILDUNG IN NIEDERÖSTERREICH

Netzwerk Inklusion NÖ

Wer sind wir?

Der Verein Netzwerk Inklusion NÖ setzt sich für Inklusion in allen Lebensbereichen ein. Inklusive Bildungsmöglichkeiten (d.h. gemeinsame Bildung für Menschen mit und ohne Behinderungen) vom Kindergarten über Pflichtschule, weiterführende Schulen, Berufsausbildung bis hin zur Erwachsenenbildung (im Sinne eines lebenslangen Lernens) bilden dabei die wichtigste Grundlage für ein Leben mitten in der Gesellschaft.

Unsere Forderungen:

1. Ein klares Bekenntnis der NÖ Landesregierung zur Umsetzung der UN-BRK Artikel 24 (Recht auf gleichberechtigte und vollständige Teilhabe an Bildung) und die rasche Umsetzung der Empfehlungen des Fachausschusses der Vereinten Nationen im Zuge der Staatenprüfung 2023 (s. Anlage I).
2. Die Erstellung eines NÖ Inklusionsfahrplans unter Partizipation von Menschen mit Behinderungen und dessen rascheste Veröffentlichung, wie vom NÖ Monitoringausschuss bereits 2017 gefordert (s. Anlage II).
3. Einberufung eines Runden Tisches mit sämtlichen Verantwortlichen aus dem Bildungsbereich (Politik + Bildungsdirektion + NÖ Monitoringausschuss) und Menschen mit Behinderungen bzw. deren VertreterInnen sowie ExpertInnen für Inklusive Bildung, um konkrete Schritte zur Umsetzung der oben genannten Forderungen festzulegen.

Inklusive Bildung ist ein Menschenrecht!



Kontakt:

Mag^a Hedwig Panek (Obfrau)
info@inklusion-noe.at
mobil: 0664/9796369

Anlagen:

Anlage I Abschließende Bemerkungen des UN Fachausschusses, September 2023
Anlage II Bemerkung NÖ Monitoring Ausschuss 2017/2023

Erläuterungen:

Ad 1) Abschließende Bemerkungen des Fachausschusses der Vereinten Nationen (III/58):

Der Ausschuss empfiehlt dem Vertragsstaat:

- „Den Ausbau des segregierten Schulsystems unverzüglich zu beenden und dieses Schulsystem auslaufen zu lassen;
- zu gewährleisten, dass Ressourcen, einschließlich Finanzmitteln, für den Übergang von der segregierten zur inklusiven Bildung bereitstehen;
- eine bundesweite Strategie für inklusive Bildung zu entwickeln, die alle Bildungssysteme auf allen Bildungsstufen, einschließlich derjenigen der Länder und Gemeinden, umfasst;
- bildungspolitische Regelungen und Leitlinien für inklusive Bildung festzulegen, auch auf Ebene der Länder und Gemeinden (..)
- angemessene Vorkehrungen, einschließlich persönlicher Assistenz, für Schulkinder und Studierende mit Behinderungen auf allen Bildungsebenen zu treffen;
- die Verwaltungsverfahren für den Zugang zur inklusiven Bildung vollständig barrierefrei, durchschaubar und zügig zu gestalten;
- Maßnahmen auf allen föderalen Ebenen, einschließlich Gemeinden zu treffen, um den Zugang aller Kinder mit Behinderungen zu außerschulischen pädagogischen Betreuungsdiensten, wie beispielsweise ergänzende Betreuungseinrichtungen, zu gewährleisten;“

Ad 2) Empfehlung des NÖ Monitoringausschuss (2017/2023)

„Der NÖ MTA empfiehlt die Erstellung eines NÖ Inklusions-Fahrplans zur Umsetzung aller Prinzipien der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Bildungsbereich:

- Für den Bereich der NÖ Landeskindergärten, der allgemein- und berufsbildenden öffentlichen Pflichtschulen sowie der land- und forstwirtschaftlichen Schulen in NÖ
- Durch Formulierung von Etappenzielen mit regelmäßiger Überprüfung und mit einem zeitnahen Zeitplan bis zur vollständigen Umsetzung des Inklusionsprinzips im NÖ Schul- und Erziehungswesen
- Unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie nachstehender Grundsätze im Besonderen:

Art. 24 Inklusive Bildung

- ➔ Um- und Ausbau der Bildungsangebote im Sinne eines inklusiven Bildungssystems

Art.4/3 Partizipation

- ➔ Aktive Miteinbindung von Menschen mit Behinderungen bei der Erstellung des Inklusions-Fahrplans

Art. 5 Nicht-Diskriminierung

- ➔ Die Verletzung des Rechts auf inklusive Bildung stellt eine Diskriminierung dar.“

„Regelschulen und Sonderschulen in der bestehenden Form entsprechen nicht dem Inklusionsverständnis nach der UN-BRK → in NÖ besteht somit dringender Handlungsbedarf.“